



ZDF 22.30 Uhr: Reich-Ranickis TV-Kritik



Der

Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki spricht mit Thomas Gottschalk und dem ZDF [heute Abend Tacheles](#). Jedem anderen würde in der gleichen Situation wohl der Mund verboten. Doch der Literatur-Papst darf sich äußern und sagen: „Das Fernsehen muss sich mehr Mühe geben“. Auch Unterhaltungsprogramme sollten ein gewisses Niveau haben, findet er.

Bei der Ablehnung des ihm zugedachten Deutschen Fernsehpreises ([PI berichtete](#)) bleibt Reich-Ranicki hart.

Reich-Ranicki habe eingeräumt, dass es bei der Verleihung am vergangenen Wochenende auch einige nicht ganz schlechte Momente gegeben habe und hob dabei die preisgekrönte Dokumentation „Das Schweigen der Quandts“ hervor, deren Qualität aber während der Veranstaltung nicht zum Vorschein gekommen sei. Das halbstündige Gespräch unter dem Titel „Aus gegebenem Anlass“ strahlt das ZDF am Freitag ab 22.30 Uhr aus.

Günther Grass, der auf der Frankfurter Buchmesse seinen 81. Geburtstag feiert, ging mit Reich-Ranicki scharf ins Gericht. „Er kritisiert das, was auf ihn selber zutrifft.“ Reich-Ranicki habe einst in seiner ZDF-Sendung „Literarisches Quartett“ die Literaturkritik „trivialisiert“. „Mit großem Geschrei“ habe er dort eine „Ein-Mann-Show“ inszeniert. Grass bedauerte, dass Reich-Ranicki in den Medien als „rohes Ei“ behandelt werde. Schauspielerin Christiane Hörbiger widersprach ebenfalls Reich-Ranickis Kritik am deutschen Fernsehen und bezeichnete sich als „leidenschaftliche Fernseherin“.

Beschämend, dass man in der Situation jemanden wie Günter GraSS überhaupt zu Wort kommen ließ, auch noch in dieser Weise. Reich-Ranickis heute zu erwartende Standpauke an die GEZ-Sender ist möglicherweise ganz sehenswert.

» Spiegel: [ZDF prüft Zusammenarbeit mit Heidenreich](#)

(Spürnase: Orolon)

Österreichs Grüne wollen weg von Multikulti



Das österreichische Wahlergebnis von vor zwei Wochen zeigt erste Wirkung in der Integrationspolitik der Grünen, die plötzlich auf den Boden der Realität zurück finden. Nachdem über 50 Prozent der jungen Wähler FPÖ oder ÖZB gewählt haben, gibt es einen drastischen Kurswechsel. Wiens Grünen-Chefin [Maria Vassilakou](#) (Foto) verlangt jetzt von Zuwanderern ein klares Bekenntnis zu gemeinsamen Werten.

Hier ihr lesenswertes Interview mit der [Presse](#):

Integrationspolitik ist bei den Wiener Grünen ab sofort Chefsache: Klingt, als wäre sie bisher nicht sehr erfolgreich gewesen, oder?

Maria Vassilakou: Das Wahlergebnis vom 28. September war nicht nur für die Grünen ein Schock: Wenn sich fast 30 Prozent für FPÖ oder BZÖ entscheiden, darunter viele junge Wähler, sogar welche mit Migrationshintergrund. In Wien trägt die Verantwortung für dieses Wahlergebnis die SPÖ, die seit Jahr und Tag die Probleme ignoriert hat und den Menschen das Gefühl gibt, dass sie im Stich gelassen werden. Aber auch bei uns Grünen sehe ich den Bedarf nach einer Imagekorrektur. Wir haben zu Unrecht das Image, dass wir Probleme schönreden.

Wo sind denn die Probleme?

Vassilakou: Dass es nicht gelungen ist, in der Integrationspolitik eine Vision zu formulieren, eine gemeinsame gesellschaftspolitische Perspektive.

Da war grünes Multikulti?

Vassilakou: Multikulti ist ein öder Ausdruck, der mir nicht gefällt. Es geht in der Integrationspolitik darum, Zuwanderer zu einem Teil der österreichischen Gesellschaft zu machen. Ihnen in Österreich ein Zuhause zu geben, zu erreichen, dass sie sich im Herzen zu Österreich bekennen. Es bedeutet, dass es Rechte, aber auch Pflichten gibt. Es geht auch und sehr wohl um ein Bekenntnis zu einigen wesentlichen Werten.

Die da lauten...?

Vassilakou: Es war ein wesentlicher Fehler der modernen linken Bewegung in Österreich, dass sie diesen Wertediskurs nicht geführt hat. Als Beispiel nenne ich jetzt die Selbstbestimmung des Menschen, soziale Solidarität, Feminismus und etwa das Bekenntnis zum liberalen Rechtsstaat, inklusive der Menschenrechtskonvention.

Feminismus? Es ist eklatant, dass es da in vielen muslimischen Familien in Wien Mängel gibt, wie soll man denn die beheben?

Vassilakou: Es gibt absolut patriarchale Traditionen, die auch in Wien gepflegt werden, egal ob mit oder ohne Islam. Fest steht auch, dass die meisten Religionen nicht unbedingt Garant für Gleichberechtigung der Frauen sind. Der Islam ist da alles andere als eine Ausnahme, obwohl es durchaus feministische Bewegungen in islamischen Ländern gibt. Der Islam wird in der Öffentlichkeit leider nur durch die konservative Linie vertreten. In Wien aber sind die größte Gruppe die Alewiten, die modern sind, für Gleichberechtigung und Bildung stehen, und die leider öffentlich kaum wahrgenommen werden.

Omar Al-Rawi und Anas Shakfeh haben Ihrer Meinung nach ein Legitimationsproblem?

Vassilakou: Diese Debatte gibt es bereits seit Jahren. Es

täte der Glaubensgemeinschaft gut, ihre Strukturen weiter zu öffnen. Denn erst wenn alle Strömungen vertreten sind, entsteht auch in der Öffentlichkeit eine repräsentativeres Bild. Heinz-Christian Strache bedient sich einseitiger Klischeebilder über den Islam, die Wirklichkeit in Wien schaut anders aus.

Viele junge Wiener Wähler, die sich für die FPÖ entschieden haben, haben offenbar ein subjektiv schlechtes Sicherheitsgefühl: Jeder kennt offenbar irgendjemanden, der von Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund beraubt oder belästigt worden ist: Sehen Sie das auch so, oder stellen Sie das wie das offizielle Wien als Problem in Abrede?

Vassilakou: Das ist nicht subjektiv, es ist durchaus Realität. Wien ist zwar nicht Chicago, aber selbst in meinem Bekanntenkreis weiß ich von Jugendlichen, die geschlagen worden sind, oder denen das Handy oder die Jacke geraubt worden ist: Das ist sehr traumatisch. Wenn dir das mit 14 oder 15 passiert, prägt es dich auch sehr. Ich halte überhaupt nichts davon, das zu beschönigen. Da sind wir einmal mehr mitten in der Schuldebatte. Wenn es einen Ort gibt, wo Jugendliche, die erhöhtes Aggressionspotenzial haben, auffallen und wir sie erreichen können, ist das die Schule. Wir Grünen fordern seit Jahr und Tag Schulsozialarbeit, aber die gibt es in Wien nicht. Grete Laska (Vizebürgermeisterin, Anm.) und Susanne Brandsteidl (Stadtschulratschefin) tragen Mitverantwortung an der immensen Stärkung der FPÖ. Das Aggressionspotenzial der Jugendlichen lässt sich durch Präventionsarbeit in den Griff kriegen. Und dann ist das eine Frage der Aufstiegschancen: Wenn sie mit 15 nach der Schulpflicht keine Lehrstelle und keinen Job bekommen, ist es kein Wunder, wenn die Aggression steigt. Man muss diesen Jugendlichen signalisieren, dass sie einen Platz in der Gesellschaft haben. Dann kann man auch einiges von ihnen einfordern.

Das sagen aber alle: Wie soll das mit Einfordern denn funktionieren?

Vassilakou: Wir können die Kinder in der Schule erreichen und wesentlich zu ihrer Weiterentwicklung beitragen. Der Staat muss mehr in die Menschen investieren: Es kostet Geld, flächendeckend Deutschkurse anzubieten. Es kostet auch Geld, entsprechende Grundsätze der Verfassung, der Landeskunde und eben der Rechte und Pflichten zu unterrichten. Und es kostet auch Geld, Qualifikationen anzuerkennen. Doch diese Investitionen lohnen sich.

Aber was ist mit dem Einfordern?

Vassilakou: Einfordern heißt, dass man einen angemessenen Zeitraum gibt, um Kurse zu absolvieren. Man könnte beispielsweise sagen, innerhalb der ersten drei Jahre muss ein bestimmtes Fortbildungsprogramm ähnlich wie im kanadischen Modell gemacht werden.

Wir reden hier von einem verpflichtenden Programm, nicht?

Vassilakou: Es ist ein Willkommensprogramm für Neuankömmlinge, und es ist ein Fortbildungsprogramm.

Und verpflichtend?

Vassilakou: Ich glaube, dass man das einfordern kann. Sie müssen allerdings kostenlos sein. Man muss auch positive Anreize daran koppeln. Wenn diese Kurse erfolgreich absolviert werden, könnten etwa uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt und die Staatsbürgerschaft schneller gewährt werden. Ich halte nichts davon, Zuwanderer auf sich allein gestellt zu lassen.

» maria.vassilakou@gruene.at

(Spürnase: Bernd T.)

Muslime beleidigt wegen SonyPlaystation-Game



Das Sony PlayStation-Spiel „[Little Big Planet](#)“ (Foto) des Entwicklerteams von [Media Molecule](#) kann vorläufig nicht auf den Markt gebracht werden. [Grund dafür](#) ist ein muslimisches Beleidigungsproblem mit einem [Song im Spiel](#), der Koran-Zitate enthält. Zitiert werden zwei Koran-Aussagen: „Jede Seele soll den Geschmack des Todes haben“ und „alles auf Erden soll vernichtet werden.“

Das Spiel, das in den USA bereits auf dem Markt ist, war wegen dieser Aussagen in muslimische Kritik geraten. Interessant, dass Muslime Koran-Zitate als beleidigend empfinden, wenn ihnen der Kontext nicht in den Kram passt. Kritisiert wird aber etwa nicht der gewalttätige Inhalt der Verse, sondern die Musik. Es sei beleidigend,

„die Worte des heiligen Korans mit Musik zu vermischen.“

Jetzt wird die Entfernung des Songs aus dem Spiel gefordert. Alle bereits auf dem Markt befindlichen Kopien sollen zurückgezogen werden.

Das wäre nicht einmal das erste Mal: Bereits 1998 musste Nintendo die Musik für das Zelda-Spiel „[Ocarina of Time](#)“ aus

einem ganz ähnlichen Grund überarbeiten.

Der umstrittene Song:

(Spürnasen: GenGen und Jochen)

Minarette sind Machtsymbole kein Menschenrecht



Hisham Maizar,

Präsident der Föderation Islamischer Dachorganisationen in der Schweiz, wird öfters in christlichen Publikationen zitiert. So auch in einem am 12. Oktober in der Zeitung *der Sonntag* [veröffentlichten Interview](#), in dem sich Herr Maizar gegen die [Minarett-Initiative](#) in der Schweiz auslässt. Er sieht das Volksbegehren als Angriff auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Schweiz. Wir veröffentlichen hier eine PI zur Verfügung gestellte Stellungnahme des Initiativ-Komitees dazu.

Den von Herrn Hisham Maizar in verschiedenen Schweizer Zeitungen gemachten Äußerungen in einem Interview vom Sonntag, 12. Oktober 2008, betreffend Minarett-Initiative ([siehe pdf](#)), halten wir folgende Stellungnahme entgegen:

Wenn Herr Maizar behauptet, die Minarett-Initiative richte sich gegen die Muslime in der Schweiz, ist das eine Unterstellung. Die Initiative richtet sich gegen die Ausbreitung sichtbarer Machtsymbole eines Politislam, der mit

unseren Menschenrechten und unserem gültigen Rechtssystem nicht vereinbar ist.

Wir sind davon ausgegangen, dass diese Tatsache auch zu Herrn Maizar, dem Präsidenten der Föderation Islamischer Dachorganisationen in der Schweiz durchgedrungen ist, müssen aber eingestehen, dass wir uns getäuscht haben. Vielmehr scheint Herr Maizar die sich ihm anbietende Medienplattform dazu zu nutzen, Falschaussagen und damit willkürliche Propaganda gegen die wahren Absichten der Initiative zu nutzen. Ebenso scheint Herrn Maizar zu entgehen, dass längst nicht alle Muslime in der Schweiz Minarettbauten hier im Land befürworten.

Wenigstens gibt Herr Maizar zu, dass in islamischen Ländern Menschenrechtsverstöße vorkommen. Inzwischen ist es nicht nur Menschenrechtsexperten sondern auch einer breiten Öffentlichkeit in der Schweiz bewusst, dass Verfolgung in islamischen Staaten zur Tagesordnung gehört und dass tagtäglich tausende von Andersgläubigen unter dem Symbol des Halbmondes, der zu jedem Minarett gehört, umgebracht werden. Leider vergisst Herr Maizar in seinem Interview darauf hinzuweisen, dass heute alle drei Minuten ein Christ um seines Glaubens willen ermordet wird. Das Zentrum der Christenverfolgung ist die islamische Welt. (Gemäß Jahrbuch der Märtyrer 2007)

Die Aussage, die Initiative sei ein Verstoß gegen die Menschenrechte, entbehrt jeder Grundlage. Ein auf demokratischen Grundsätzen verankertes Initiativ-Recht hat mit Menschenrechtsverletzungen nichts zu tun. Man kann diese Unkenntnis über unsere Gesetzmäßigkeit vielleicht damit entschuldigen, dass es in islamischen Ländern kein Gesetz gibt, welches ein Initiativrecht erlaubt. Somit sucht man den Ausdruck Demokratie und Initiativrecht im islamischen Wörterbuch leider vergebens.

Im Interview wird bemängelt, dass den Islamorganisationen der

Schweiz die Mittel fehlen, um über den „wahren“ Islam zu informieren. Leider wird mit keinem Wort darauf hingewiesen, wo denn dieser „wahre“ Islam zu finden sei. Meint Herr Maizar mit „wahrem Islam“ die tausenden in der Schweiz nachweislich zwangsverheirateten Frauen muslimischer Herkunft? Die in deutschen Städten zu unlösbaren Problemen gewachsenen Parallelkulturen? Die im Moment stattfindende Christenverfolgung im Nord-Irak? Die Legitimation von Ehrenmorden – notabene auch in Europa? Die Fatwa (islamisch-religiöses Rechtsgutachten), welche die Ermordung von Islam-Abtrünnigen fordert? Die Verfolgung von Menschen, die dem Islam den Rücken kehren?

Herr Maizar ist Vertreter des sunnitischen Islam. In diesem Islam zählt man nicht nur den Koran, sondern auch die sechs Bücher Hadith zu den göttlich inspirierten Schriften. In den Büchern Hadith, welche die Lebensgewohnheiten Mohammeds wiedergeben, werden die grausamen Verfolgungen Andersgläubiger durch den Religionsgründer beschrieben. Diese Tatsache und der Hinweis, dass die islamische Ideologie, welche Legitimation und freie Entfaltung unter bei uns geltenden Menschenrechten fordert, in sich selber keine Religionsfreiheit kennt, darf nicht verschwiegen werden.

In der Schweiz kann jeder glauben, was er will. Und genau das soll auch in Zukunft so bleiben. Darum braucht man in der Schweiz keine für unsere christlich-jüdische Tradition einschneidenden Symbolbauten einer Ideologie, die in sich selber keine Religionsfreiheit kennt und per Definition aus dem Koran keine andere Religion neben sich dulden darf.

Momentan – im Status einer Minderheitsreligion – stellt der Islam keine Gefahr für die christliche Kultur und Religion dar. Was ist, wenn in einigen Jahren die islamische Minderheit in unserem Land größeren Einfluss erhält? Erfahrungen in Deutschland, Frankreich und England zeigen, dass der Islam – einmal einflussreich geworden – gegenüber anderen Religionen alles andere als tolerant ist.

Wir erwarten vom Präsidenten und Vertreter der sunnitischen Muslime mehr Sachlichkeit in der Minarett- und Initiativdiskussion und keine unqualifizierten, pauschalisierenden und polemischen Rundumschläge.

» Kontakt zum Initiativ-Komitee „Gegen den Bau von Minaretten“: info@minarette.ch

Islamische Terroristen lieben Kinder pornos



Die britische Polizei hat bei Razzien ziemlich ekelerregende Verbindungen zwischen Kinderporno-Websites und islamischem Terrorismus [ans Tageslicht gebracht](#). Viele Dschihadisten benutzen hardcore Kinderporno-Seiten, um gegenseitig Informationen auszutauschen. Unmoralisch und ekelhaft? Nicht für die rechtgläubigen Bartträger (zwei überführte Beispiele auf Foto), die Mädchen [ab einem Jahr für heiratsfähig](#) und nach dem Vorbild des Propheten ab neun Jahren für beischlafsreif halten.

Offensichtlich tauschen islamische Terroristen untereinander gerne Infos auf Seiten aus, auf denen missbrauchte Kinder zur Schau gestellt werden. Zum Teil waren die Botschaften sogar direkt auf den Missbrauchsbildern versteckt. Hardcore Kinderporno-Seiten gelten in islamischen Märtyrerkreisen als

sicherer Hafen für die Anschlagplanung.

Die Polizei sucht daher jetzt gezielt nach Kinderporno-Fans unter den islamischen „Friedensaposteln“ und hat damit alle Hände voll zu tun, weil es sich dabei um alles andere als Einzelfälle handelt. Die gefundenen Bilder belaufen sich in den Zehntausenden. Dabei lässt sich oft nicht einmal festmachen, was die beteiligten Muslime mehr fasziniert, missbrauchte Kinder oder die Lust am Töten.

Die neusten Erkenntnisse haben der Terrorbekämpfung zumindest in Großbritannien jetzt neuen Schub gegeben. Denn solches Verhalten lässt sich wirklich nur noch mit erheblichem Aufwand erklären oder sogar schönreden.

(Spürnase: Iml)



Ein „Allahu Akbar“ für Rotterdam



Ahmet Aboutaleb (Foto), ein marokkanischer Einwanderer mit marokkanischem und holländischem Doppel-Pass,

wird als [erster muslimischer Bürgermeister](#) Hollands die zweitgrößte Stadt des Landes regieren. Die christlich-liberale Zeitung „Trouw“ freut sich über diesen „enormen Fortschritt“ in der Integration der Zuwanderer.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Niederlande soll ein Einwanderer und Muslim Bürgermeister einer Großstadt werden: Ahmed Aboutaleb ist als Jugendlicher aus Marokko in die Niederlande gekommen. Jetzt übernimmt er das höchste Amt in Rotterdam, der zweitgrößten Stadt des Landes. (...) Der Beschluss, den die sozialdemokratische Mehrheit im Rotterdamer Stadtrat am Donnerstag durchsetzte, beherrscht die politische Diskussion in den Niederlanden. Die Berufung eines bekennenden Muslims an die Spitze einer Großstadt sei ein „enormer Fortschritt in der nationalen Debatte über die Integration von Einwanderern“, kommentierte die christlich-liberale Zeitung „Trouw“.

Aboutaleb sei „der Prototyp des modernen Sozialdemokraten“, würdigte PvdA-Chef Wouter Bos, Finanzminister in der Regierung von Jan Peter Balkenende, seinen prominenten Parteifreund. Das habe er ab 2004 auch als Stadtrat für Soziales, Bildung und Integration in der Hauptstadt Amsterdam gezeigt. Damals war der Sohn eines islamischen Geistlichen mit beharrlicher, auf Ausgleich bedachten Politik ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit getreten. In einer durch den politischen Mord an dem Islamkritiker Theo van Gogh geprägten Zeit hatte er sich durch eine Politik des Ausgleichs rasch einen Namen gemacht.

Wie gleicht man aus in einem Mordfall?

Auf Kritik stieß die Entscheidung bei der rechtsliberalen Partei für Freiheit und Demokratie (VVD). Die Wahl eines Muslims mit zwei Pässen sei ein falsches Signal.

Klar, wer dagegen ist, muss irgendwas mit „rechts“ sein.

(Spürnasen: Herakleitos, Nuke da Cube, Thierry, Ludwig St., Geheimrat, fnord, unrein, Dr. Alfred Sch., Frank, MilitesChristi, BerndG und Friedrich A.)

Moscheebaukritik: Waches Bürgerbewusstsein



„Beeindruckend. Der erste Artikel, der mal zu erklären und nicht zu hetzen versucht“, kommentiert ein Welt-Leser die [Meinung von Thomas Schmid](#). Und in der Tat hebt der Beitrag sich wohltuend ab von der billigen Hetze, ausgerechnet islamkritische Bürger als rechtsradikal zu diffamieren.

Im Berliner Bezirk Pankow ist die erste Moschee in Ostdeutschland eröffnet worden. Es gab Proteste gegen das Bauwerk und zuvor einen langen Streit. Einige Kritik an den muslimischen Neubauten ist berechtigt. Und das wache Bürgerbewusstsein darf man nicht als rechtslastig abtun. (...) Die Politik des Vertrauensvorschlusses hat eine wichtige Schwachstelle. Sie muss bei den Muslimen einen Wunsch zur Friedfertigkeit voraussetzen, der gewiss nicht immer vorhanden ist. Warum sonst schmiegen sich etliche Moschee-Neubauten nicht bescheiden in die jeweiligen städtischen Milieus ein? Warum kommen sie so oft so triumphierend, so überbietend daher? Tatsächlich stellen sie mitunter eine Machtdemonstration dar, die man nicht mit dem

Selbstbehauptungswillen von Zurückgesetzten rechtfertigend hinnehmen sollte.

Wenn Muslime in Deutschland bei dem Bemühen, ihrem Glauben Monumente zu setzen, kritisch beäugt werden, ist das kein Zeichen von Intoleranz, sondern von wachem Bürgerbewusstsein.

Sie kann's noch, die Welt. Mehr davon!

(Spürnasen: Thomas D. und Aufmerksam)

Über 60.000 Christen auf der Flucht



Christen sind in Indien zur Zielscheibe von Hinduextremisten geworden. Bis Oktober starben rund 50 Christen, mehrere tausend Kirchen und Häuser wurden niedergebrannt und 60.000 sind auf der Flucht. Die Wellen der Gewalt schlagen seit 50 Tagen immer höher. Die EU protestiert, Open Doors lanciert eine Petition.

(Gastbeitrag von [Open Doors Schweiz](#))

Das Vorgehen ist vergleichbar mit einer religiösen Säuberung. Die Häuser der zur Flucht gezwungenen Christen werden geplündert und danach in Brand gesetzt. Wer bei der Verfolgung nicht mitmacht, dem droht die gleiche Behandlung wie den

Christen.

Die indische Regierung reagiert mit Ausgangssperre in Kandhamal sowie dem Einsatz von über 50 paramilitärischen Detachementen und 1000 Soldaten. Der Polizeidirektor von Orissa wurde ersetzt und einige Angreifer verhaftet.

Auch die internationale Gemeinschaft reagiert auf die Verbrechen. Am 29. September verurteilte die Europäische Union in Marseille in Gegenwart des indischen Premierministers Manmohan Singh das als „Massaker“ bezeichnete Geschehen.

Tausende Christen haben sich eine Woche lang in Neu-Delhi versammelt. Sie forderten das Ende der Gewalt und beteten für ihre verfolgten Freunde. Die Versammlung ging am 2. Oktober mit einem Marsch durch die Straßen der Hauptstadt, an dem sich 15.000 Personen beteiligten, zu Ende.

Mehrere indische Politiker haben an der Versammlung teilgenommen und das Wort ergriffen um die Christen zu unterstützen. Ein Minister, Lalu Prasad Yadav versprach, dass er „die Frage der Gewalt gegen Christen ins Parlament bringen und eine Debatte bezüglich der verübten Gewalt der nationalistischen Hindus verlangen“ werde.

In Kandhamal leben 22.000 Menschen in einem Notaufnahmelaager. Es mangelt an sanitären Einrichtungen und die Nahrungsversorgung ist schlecht. Open Doors verteilt Hilfsgüter wie Nahrung, Kleider und Hygieneartikel an die Flüchtlinge. Zudem werden die Menschen medizinisch versorgt.

Das Unheil nahm am 23. August seinen Lauf: im ostindischen Bundesstaat Orissa (40 Millionen Einwohner) wurde ein Hinduführer ermordet aufgefunden. Seine Anhänger beschuldigten die Christen. Nach der Beerdigung erfolgte eine Welle der Gewalt, zehn Menschen wurden umgebracht, darunter zwei Pastoren. Der hinduistische Mob brannte ein katholisches Waisenhaus nieder, eine Schwester starb in den Flammen, mehrere Kinder und ein Priester erlitten schwere Verletzungen.

Andere Hindus setzten zehn Kirchen und 25 Häuser von christlichen Familien in Brand. Selbst Polizisten, die sich dem Mob widersetzen, wurden angegriffen und verletzt. Erste Christen flüchteten.

Die Welle der Gewalt sollte damit aber nicht verebben sein: in den Folgewochen stieg die Zahl ermordeter Christen auf 36. Zudem wurden 20 Kirchen niedergebrannt und 500 Häuser zerstört. 50.000 Christen flüchteten in den Dschungel.

Dass sich eine kommunistisch-maoistische Gruppe öffentlich zum Mord am Hinduführer bekannte, besänftigte den Hindumob nicht. Die Maoisten geben nämlich vor, für religiöse Minderheiten zu kämpfen.

Freilich gibt es auch positive Meldungen: Hindus, welche in ihren Dörfern die Christen beschützen und ihnen Unterschlupf gewährten.

Gegen Ende September sind bereits mehrere hundert Kirchen in Schutt und Asche gelegt, sowie rund viertausend Privathäuser. 60.000 Menschen sind auf der Flucht – seit nunmehr über einem Monat rächen Hindus den Mord an einem Hinduführer. Dies obschon eine kommunistisch-maoistische Gruppierung sich öffentlich zur Tat bekannte. Und die Gewalt nimmt kein Ende. Teils berichten Christen, dass sie von der Polizei nicht geschützt werden. So berichtet Ravindranath Padran von einem Angriff eines Mobs:

„Mein gelähmter Bruder konnte nicht fliehen. Er ist bei lebendigem Leib in seinem Haus verbrannt. Ungefähr fünf Kilometer von unserer Ortschaft Gadragaon ist eine Polizeistation. Während des Angriffs war kein einziger Polizist im Dorf!“

Bei Angriffen in den Ortschaften Rudangia, Telingia und Gadaguda wurden laut der Zeitung „The Hindu“ am 30. September über 100 Häuser niedergebrannt. Tags zuvor erschütterten

explodierende Bomben drei Notaufnahmehäuser in Kandhamal, berichtete der „*Press Trust of India*“.

Mindestens zwei weitere Christen wurden am 3. Oktober im Orissa-Bezirk Kandhamal getötet, nachdem Hindu-Extremisten dort und im Bezirk Boudh in einer Woche fast 400 Häuser niedergebrannt hatten. Ein dritter Mann starb am 1. Oktober an Axtverletzungen. Stammesangehörige erschossen am Morgen des 3. Oktobers einen einflussreichen Christen und zerstückten ihn; danach tötete der Mob seinen Begleiter. Weitere Christen wurden lebensgefährlich verletzt.

Von den 1,14 Milliarden Einwohnern Indiens sind 80,5 Prozent Hindus, der Anteil an Christen beträgt 3 Prozent.

» Open Doors Schweiz fordert dazu auf, sich für den Schutz der christlichen Minderheit in Orissa starkzumachen. Auf der Website des Werks ist [eine Petition](#) hinterlegt, die man ausdrucken und der indischen Botschaft zusenden kann.

Rede von René Stadtkewitz auf der Ipahb-Demo



Einer der drei Redner der [Ipahb-Demo](#) gestern Abend war René Stadtkewitz von

der Berliner CDU. Er warf dabei den Volksvertretern, die der Eröffnungsfeier beiwohnten, vor, sich nicht genügend mit der Ahmadiyya-Sekte befasst zu haben: „Solange diese Sekte offen bekennt, dass sie ein Kalifat anstrebt, (...) solange der Vorsitzende betont: ‚*Unser Ziel ist es, in Deutschland nach der Scharia zu leben*‘, ihr 5. Kalif freudig feststellt: ‚*Allah nutze das kluge Volk der Deutschen, um den Siegeszug des Islam im ganzen Westen vorzubereiten*‘ (...) solange sollten wir die kritische Auseinandersetzung mit dieser Sekte weiterführen.“

(Foto: [Spiegel](#))

Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut:

Erinnern Sie sich? Als die Interessengemeinschaft Pankow Heinersdorfer Bürger im Jahre 2006 – als noch alles möglich war – ein Bürgerbegehren beantragte, das den Bürgermeister auffordern sollte, noch einmal mit der Ahmadiyya das Gespräch zu suchen, wurde dies mit der Begründung abgelehnt, das Anliegen verstoße gegen die Verfassung. Heute sehen der Bürgermeister und viele andere Volksvertreter es als ihre Pflicht an, bei der Eröffnung der 25. Moschee des 100 Moscheen-Plans der Ahmadiyya-Sekte in Deutschland, bei der Eröffnung der ersten Moschee im Ostteil der Stadt hier in Heinersdorf dabei zu sein. Als etwas mehr ein Jahr zuvor auf dem Grundstück unmittelbar daneben die Firma „Stop + Go“ ihren Service-Point feierlich eröffnete, war kein Bürgermeister, kein Stadtrat, kein Politiker anwesend, um das neue Unternehmen zu begrüßen. Mir stellt sich die Frage: Wissen diese Politiker eigentlich wirklich, was sie tun?

Viele sagen mir, na ja mit der Ahmadiyya habt ihr ja noch Glück gehabt. Die sind doch harmlos und überhaupt nicht gewalttätig. – Aber unterscheiden wir solche Vereine jetzt nur noch danach, ob sie gewalttätig sind oder nicht? Und alles andere ist uns egal? Wer so argumentiert, kapituliert vor der Auseinandersetzung, macht deutlich, wie beliebig unsere Werte ihm geworden sind. Deshalb bleibt es unsere

Pflicht, genauer hinzuschauen, bleibt es unsere Pflicht, die Ziele und Aussagen genauer zu hinterfragen und vor allem auf den Prüfstein unseres Wertesystems zu legen.

Sie wissen, dass ich nach den ersten Informationen über die Ahmadiyya genauso skeptisch war wie Sie. Und jede Beschäftigung mit dieser Sekte hat meine Skepsis weiter vergrößert. Solange diese Sekte offen bekennt, dass sie ein Kalifat anstrebt, einen Kalifen haben sie ja schon, solange der Vorsitzende betont: „Unser Ziel ist es, in Deutschland nach der Scharia zu leben“, ihr 5. Kalif freudig feststellt: „Allah nutze das kluge Volk der Deutschen, um den Siegeszug des Islam im ganzen Westen vorzubereiten.“ Solange die Ahmadiyya die Bedeutung des Satzes, „Wir sind angetreten, um das Kreuz zu brechen und das Schwein zu vernichten“ nicht erklärt, solange sollten wir auch skeptisch bleiben, sollten wir die kritische Auseinandersetzung mit dieser Sekte weiterführen. Diese zitierten Aussagen stammen alle von der Ahmadiyya selbst, es ist nicht so, dass es nicht genug Material über diese Sekte gibt. Aber sich damit zu beschäftigen, kam für die vielen Volksvertreter, die heute dieser Eröffnungsfeier beiwohnen, nicht in Frage. Freudig eröffnen sie heute einen weiteren Kalif-Stützpunkt einer suspekten Sekte, die sich gar nicht soviel Mühe gibt, ihre wahren Ziele zu verbergen. Diese Volksvertreter haben es vorgezogen, die Bürger von Heinersdorf zu beschimpfen und zu verunglimpfen, bei denen das verordnete Gefühl der Bereicherung einfach nicht aufkommen wollte und will.

Sorry, Herr Bürgermeister, auch ich bin Politiker. Aber als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin habe ich ein anders Verständnis von Politik. Und deshalb – meinen Damen und Herren – bin ich heute hier bei Ihnen!

Frau Schröter hat sich eingehend mit der Ahmadiyya beschäftigt und wird Ihnen gleich einen kurzen Abriss ihrer Ergebnisse geben.

Meinen Damen und Herren, wenn auch die Konflikte im Zusammenhang mit Moscheebauten in Deutschland nicht vergleichbar sind, so stehen wir mit unserem Protest gegen das Durchwinken einer Moschee nicht allein. Inzwischen haben viele Menschen erkannt, dass Moscheebauten in aller Regel eben nicht integrationsfördernd sind, sondern sie stehen der Integration entgegen. Sie stehen der Integration entgegen, weil sie Parallelgesellschaften zementieren. Bei einer Moschee handelt es sich doch nicht nur um den „Ort der Unterwerfung“, sondern meist um ganze Zentren. In vielen Moscheen finden interne Rechtsprechungen nach der Scharia statt, hier werden Kinder auf den Koran getrimmt, hier wird ihnen das Rollenverständnis zwischen Frau und Mann beigebracht. Und natürlich geht es nicht selten auch um die Demonstration der Macht. Übrigens auch, um eine Machtdemonstration innerhalb der islamischen Verbände und Vereine.

Aber mehr und mehr wenden sich die Menschen dagegen und stellen sich inzwischen offen gegen eine zunehmende Islamisierung unserer Gesellschaft. Und ich sage es noch einmal – ich rede in diesem Zusammenhang nicht von den vielen Muslimen in Deutschland und Europa, die für sich entschieden haben, völlig säkular und selbst bestimmt zu leben. Ich rede nicht von denen, für die der Koran niemals Wort für Wort Bedeutung hat und ich rede nicht von denen, für die es ausschließlich auf die Spiritualität ihrer Religion ankommt.

Sondern wenn ich von Islamisierung rede, dann rede von einer Ideologie, von einer Politik, die in Vielem unseren freiheitlichen Grundwerten vollkommen entgegensteht. Ich rede von einer Ideologie, die unser Rechtssystem überwinden will und für die Intoleranz gegenüber Anders- und Nichtgläubige etwas Selbstverständliches ist. Ich rede von der politischen Ideologie des Islams!

– Warum nehmen wir es hin, dass inzwischen bereits zehnjährige Mädchen gezwungen werden, ein Kopftuch zu tragen.

- Warum lassen wir es zu, dass Kinder aus ideologischen Gründen nicht am Schwimmunterricht oder an Klassenfahrten teilnehmen dürfen.
- Und warum verhindern wir nicht, dass junge Frauen als Importbräute nach Deutschland geholt, zu Gebärmaschinen degradiert und wie Sklaven gehalten werden.
- Warum lassen wir zu, dass immer mehr Richter Ehrenmorde und Gewalt gegen Frauen nicht als das verurteilen, was sie sind: Brutale Verbrechen aus niedrigsten Beweggründen, die mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden müssen.
- Warum schauen wir nicht genauer hin, was den kleinen Kindern in Koranschulen gelehrt wird. Warum warten wir ab, bis sie älter geworden sind und wundern uns dann, wenn sie uns „Scheiß Deutscher“ oder „Scheiß Christ“ zu rufen. Es ist doch völliger Unsinn zu glauben, dass Polizei und Justiz diese Jugendlichen wieder auf den rechten Weg bringen können.

Nein, wenn wir nicht endlich anfangen, darüber nachzudenken, ob die Ideologie des Islams nicht doch etwas mit den Integrationsproblemen zu tun hat, wenn wir nicht endlich anfangen, offen und ohne Blatt vor dem Mund über diese Probleme zu reden, dann werden wir eines Tages keine Kraft oder keine Gelegenheit mehr für eine Korrektur haben. Mein Appell: Warten wir nicht, bis es zu spät ist.

Allzu oft und vor allem all zu lange hat die Politik – sei es aus dem ewigen Schuldgefühl, sei aus Angst vor der Verantwortung – geglaubt, die Probleme der Integration einfach aussitzen zu können. Und obwohl diese Probleme immer deutlicher werden, glauben die Multikultiträumer immer noch, diese Probleme dadurch lösen zu können, dass sie sie einfach wegdiskutierten. Jeder Fall wird zu einem Einzelfall herunter geredet. Sie wollten und wollen es nicht wahr haben. Aber damit nicht genug. Nein, statt endlich anzufangen, machen sie genau das Gegenteil. Jeder, der die Dinge beim Namen nannte oder es auch nur versuchte, wurde einfach nur für verrückt erklärt oder eben – wenn gar nichts mehr half – mit der

„Nazikeule“ erschlagen. Diejenigen die es wagen, die Wahrheit auszusprechen, werden isoliert, sie werden zu Fremdenfeinden abgestempelt oder sie werden einfach weggemobbt.

Beispiele gibt es genug:

Erinnern Sie sich an den mutigen Oberstaatsanwalt Roman Reusch. Er war verantwortlich für die Intensivtäterabteilung. Er machte nichts weiter, als von seiner täglichen Arbeit zu berichten und hatte den Mut, deutlich zu sagen, dass 80 Prozent der jugendlichen Intensivtäter Migranten sind, die aus islamischen Ländern stammen. Er hat doch Recht, wenn er konsequentere und härtere Strafen fordert. Statt diese Zahlen ernst zu nehmen und darüber nachzudenken, wo diese Gewaltbereitschaft herkommt, und warum es gerade muslimische Jugendliche sind, denen vielleicht geholfen werden kann, wenn wir über die Ursachen reden, hielt die SPD-Senatorin es für richtiger, kurzer Hand den Oberstaatsanwalt abzuschieben. Eine Debatte fand dann nicht mehr statt.

Solange nicht, bis die ebenso mutige Jugendrichterin Kirsten Heisig kam. Auch sie bestätigt diese Zahlen und fordert einen konsequenten Rechtsstaat. Kaum hat sie das ausgesprochen, wird sie von SPD und Grünen attackiert, die doch tatsächlich fordern, die Polizei solle besser nicht so genau hinschauen, dann würden sich diese Zahlen auch wieder positiv entwickeln. Weiterhin fordern sie, den Migrationshintergrund statistisch nicht mehr zu erfassen. So wirkt eine Gesellschaft, die kapituliert hat. Aber dies machen wir nicht mit!

Erinnern Sie sich, wie sich die ganze Gutmenschenschaft auf den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch gestürzt hat. Wie konnte er diese Probleme auch nur beim Namen nennen.

Ja, selbst der Publizist Ralph Giordano wird auf einmal für etwas senil erklärt, weil er die Islamisierung und die Folgen für unsere Gesellschaft offen anspricht.

Jeder Versuch, eine Wertedebatte und die Diskussion über eine

deutsche Leitkultur anzustoßen, scheitert noch am Widerstand derjenigen, die Sympathien für die empfinden, die offen auf ihren Kundgebungen „Nieder mit Deutschland“ brüllen und jede Debatte sofort als Deuschtümelei niederstimmen.

Aber meine Damen und Herren, damit muss Schluss sein! Wir sollten viel mutiger sein, unsere Werte unsere Kultur und auch unsere Demokratie zu verteidigen oder vielleicht sogar neu einzufordern.

Jeder, der es will, soll in unserem Land glücklich werden. Niemand ist gezwungen. Wer aber unsere Werte nicht anerkennen will, der hat hier auch nichts verloren!

Ich schließe mit einem Zitat:

„Der Islam ist nicht integrierbar, wohl aber der einzelne Muslim als Staatsbürger. Wir können davon ausgehen, dass in den nächsten Jahren vor allem in den Großstädten etwa vierzig Prozent der Bevölkerung einen so genannten Migrationshintergrund haben. Die aufnehmende Gesellschaft wird nicht auf Dauer die Mehrheitsgesellschaft sein, und wenn sie sich nicht heute auf Werte und Formen des Zusammenlebens verständigt und auch die Einwanderer davon überzeugt, dass die Werte dieser Gesellschaft das menschliche Miteinander zum Wohle des Einzelnen und aller zu regeln verstehen, dann wird unsere Demokratie Schaden nehmen und der gesellschaftliche Frieden gefährdet.“

So die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek im Dezember 2007 gegenüber der FAZ. Recht hat sie und ich meine, dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Vielen Dank!

- » Welt: [Moscheen sollen nicht mit Größe auftrumpfen](#)
- » Berliner Morgenpost: [CDU-Politiker führt Kritiker des Islam an](#)